

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.28 Uhr
Ende: 13.32 Uhr

1) Bootshaus Graz – Zugang für eine breite Öffentlichkeit

GR.ⁱⁿ **Ribo** MA stellt an StR. **Hohensinner** MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo** MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! In meiner heutigen Frage geht es um das Bootshaus, weil es im August 2015 fertiggestellt wurde und im Oktober wurde es von unserem Bürgermeister an den Ruderklub übergeben. Aus einer Presseaussendung von damals ist auch bekannt gewesen, dass das Bootshaus einer breiten Schicht der gesunde Radsport angeboten werden könnte. Finanziert wurde das Bootshaus für diesen eben neu gegründeten Ruderklub mit 300.000 Euro aus öffentlichen Mitteln der Stadt Graz. Wir haben auch damals beim Beschluss nachgefragt, ob es auch wirklich so sein wird, dass es keine Einschränkungen des öffentlichen Zugangs zu dieser errichteten Sportanlage kommen könnte und uns wurde versichert, dass das Areal zwar vom Ruderklub verwaltet wird, aber ein niederschwelliger Zugang eben speziell auch für die Nutzung von Jugendlichen oder Jugendsport gegeben sein wird. Auch auf der Homepage des Ruderklubs findet man eben die Betonung des Aspekts, dass der Rudersport ein Breitensport sein soll und dass das Angebot für eine breite Schicht betreffen soll. Wenn man sich aber die Preisgestaltung anschaut, spricht das eine andere Sprache und zwar auf der Homepage des Ruderklubs sind derzeit, heute noch einmal nachkontrolliert, folgende Preise aufgelistet: Es gibt eine einmalige Eintrittsgebühr für Erwachsene 300 Euro, für Studierende 150 Euro, für Jugendliche bis 12 Jahre 100,- und für unterstützende Mitglieder 120 Euro. Dazu kommt aber noch ein Mitgliedsbeitrag in der gleichen Höhe, ein jährlicher Mitgliedsbeitrag. Und da ist eben

die Frage, ob da wirklich von einem niederschweligen Zugang gesprochen werden kann.

Daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs an dich, lieber Kurt, folgende

Frage:

Wie viele am Rudersport interessierte Grazer und Grazerinnen, und hier insbesondere Jugendliche, können das aus öffentlichen Mitteln errichtete Bootshaus beziehungsweise generell die Ruder-Möglichkeit nutzen, ohne Mitglied beim Ruderklub zu sein (*Applaus Grüne*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin! Ich möchte einige Sachen ausführen. Erstens gäbe es das Wasserkraftwerk im Süden nicht, könnten wir uns gar nicht über den Rudersport unterhalten, das ist einmal die erste Feststellung, die ich machen möchte (*Applaus ÖVP*).

Zweitens muss ich sagen, dass wir einen Riss in der Gesellschaft haben, ich glaube, da sind wir uns einig, und wir müssen alles dran setzen, dass wir diesen Riss wieder kitten. Die grüne Partei trägt derzeit nicht wirklich dazu bei. Im letzten Gemeinderat haben wir diskutiert, der Gerhard Wohlfahrt und ich, über die Schulraumvermietung und er hat versucht, einen Keil zwischen extreme Haltungen reinzubringen, zwischen Rechts und Links, heute sitzen wir zusammen und du versuchst, am Rücken des Sports einen Klassenkampf auszutragen und ich möchte wirklich unterstreichen und vehement hier feststellen, dass es nicht sein kann mit so einer linkslinken Vorstellung den Rudersport zu einer elitären Sportart hier zu beschreiben, weil das stimmt einfach so nicht und das werde ich dir jetzt erklären, Frau Gemeinderätin. Du hast es selbst angeführt, ein Mitglied zahlt für den Rudersportklub 120 Euro, das ist das unterstützende Mitglied.

Ich weiß nicht, ob du schon einmal beim Rudersport-Verein unten zuschauen warst, weil du hast jetzt eigentlich nur Presseaussendungen zitiert. Du bist Sportsprecherin, du solltest eigentlich wissen, was die Mitgliedschaft bei anderen Vereinen kostet. Wenn man jetzt Fußballvereine hernimmt, da gibt es einen durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag zwischen 150 und 300 Euro im Jahr, da müssen die Eltern auch die Kickschuhe kaufen, andere Fußballvereine verlangen noch mehr jährlich, man muss Gewand kaufen etc., also das ist ungleich mehr, als was der Rudersportklub verlangt. Der Rudersportklub stellt das ganze Equipment bereit, das heißt, die Boote, die sehr viel kosten, der Steuermann, der Trainer, das wird alles bereitgestellt, liebe Frau Kollegin, und auf deine Frage, wie viele junge Menschen das Angebot, ohne Mitglied zu werden, in Anspruch nehmen können, es gibt jeden Mittwoch einen Schnuppertag beim Ruderklub, ich würde dir anbieten, dass wir gemeinsam einmal den Schnuppertag besuchen, dann kannst du dir wirklich persönlich einmal ein Bild machen, dort ist schon sehr, sehr viel los. Die Universität hat dort auch ein eigenes Boot, da sind sehr viele Jugendliche auch dabei, also den Rudersport als elitären Sport hier breitzutreten und irgendwie da einen Klassenkampf auszurufen, da möchte ich mich wirklich mit aller Kraft dagegenstemmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Als Klassenkampf hier in Bezug auf Rudersport, dass ich einen Klassenkampf angehen möchte, das stimmt natürlich nicht. Für mich sprechen schon die Preise für eine elitären Sportart, vor allem, weil es eben auch von der Stadt Graz das Bootshaus wurde aus öffentlichen Mitteln der Stadt Graz finanziert, das ist was anderes und es ist so, ich weiß nicht, wie sonst die Leute dort hinkommen, aber ich schaue mir die Sachen zuerst auf der Homepage an und wenn für mich die Preise schon so abschreckend sind, dann mache ich mir nicht einmal die Mühe, dorthin zu gehen.

Zwischenruf: Das ist ein Fehler.

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Und bezüglich andere Sportarten wären genauso teuer, aber bei Fußball kenne ich mich echt aus, mein Kind trainiert ja seit drei Jahren, da zahlt er 120 Euro und da ist alles drinnen außer die Kickschuhe und das ist schon was anderes. Also da reden wir von 300 Euro und da gibt es keine einmaligen Eintrittsgebühren. Auf jeden Fall möchte ich trotzdem fragen, gibt es von deiner Seite Bemühungen oder wirst du dich bemühen, auch für die nicht elitären Bürger und Bürgerinnen diesen Sportart trotzdem offen zu machen?

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich kann mich nur noch wiederholen und dein Beispiel verstehe ich jetzt wirklich nicht. Du sagst, dein Bub spielt bei einem Verein GSW Wacker vielleicht oder bei einem anderen Verein, da zahlt der Bub 120 Euro. Du hast gerade vorher selbst in der Frage vorgelesen, die Kinder zahlen sogar noch weniger, bis 18 120 Euro, es gibt eine einmalige Einschreibgebühr und wenn du mich fragst, was ich für Kinder tue, die jetzt weniger Geld haben, ich habe dir schon mehrmals an dieser Stelle gesagt, das Sportamt unterstützt. Wenn es sich eine Familie wirklich nicht leisten kann, dann gibt es die Möglichkeit, dass 50 % der Verein übernimmt und 50 % das Sportamt. Also noch einmal, der Ruderverein, der Ruderklub kostet für das Kind einmalig 100 Euro Einschreibgebühr, wenn diese Gebühr nicht leistbar ist, dann übernehmen wir diese Gebühr und wir sind uns einig, dass die Gebühr im Ruderklub die gleiche Gebühr ist wie der Fußballverein deines Sohnes. Also ich verstehe dich wirklich nicht und es ist nichts anderes als da wieder ein Versuch, irgendwie einen Klassenkampf reinzubringen. Ich muss mich ärgern heute (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 12.35 Uhr den Vorsitz.

2) Volksrechtegesetz, mehr direkte Demokratie für Graz

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bereits seit mehreren Jahren beschäftigen sich viele Menschen in Graz intensiv mit dem Thema Volksrechtegesetz und mehr direkter Demokratie. Bereits bei der Entwicklung der Leitlinien wurden viele Vorschläge zu diesem Thema eingebracht. Auch die Klubobleutekonferenz beschäftigt sich seit Jahren damit, wie zum Beispiel auch mit einem Vorschlag, der von Ihnen gekommen ist im Jahr 2012, der dann auch im Jahr 2013 vom Gemeinderat einstimmig angenommen worden ist, BürgerInnenpetitionsmöglichkeiten zu schaffen. Letztes Jahr wurde ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss wurde da nochmals der Wunsch geäußert nach einer Erarbeitung einer Änderung des Volksrechtsgesetzes. Leider ist hier der Entwurf nicht bekannt, noch gab es eine erst vor kurzem angekündigte Sitzung des Verfassungsausschusses zu diesem Thema. In der Gemeinderatssitzung im Mai dieses Jahres haben Sie, Herr Bürgermeister, versucht darzulegen, warum noch nichts passiert ist und sich kein Arbeitskreis getroffen hat und nichts ausgearbeitet wurde. Sie haben gesagt, dass Sie vom Land gehört hätten, dass ein neues Landesgesetz erarbeitet wird. Nun haben verschiedene interessierte Grazerinnen und Grazer, darunter auch ich selbst, bei besagtem Land und diversen Parteien nachgefragt, leider ohne Erfolg, weil

niemandem eine solche geplante oder in Ausarbeitung befindliche Änderung bekannt ist.

Daher richte ich namens der Piraten und aller interessierten Grazerinnen und Grazer an Sie folgende

F r a g e :

Wie können Sie es sich erklären, dass im Land Steiermark niemand über ein solches Gesetz beziehungsweise eine solche Gesetzesänderung Bescheid weiß?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Anscheinend kennen wir unterschiedliche Persönlichkeiten im Lande Steiermark, aber ich kann nur versichern, dass gerade, und daher kam ja auch die Idee, nicht das Volksrechtgesetz geändert wird, sondern dass man sich im Land gerade intensiv damit beschäftigt, den Gemeinden eine Möglichkeit zu geben, selbst, wenn ich so sagen darf, mittels einer Verordnung es dann zu ermöglichen. Diese Idee stammt vom Land, also muss es ja auch irgendwer im Land bearbeiten. Aber wir haben auch heute im Stadtsenat ein Stück, wo der Stadtsenat, noch einmal, der Gemeinderat hat es ja schon getan, das Land auffordert, mit der Bitte, möglichst bald uns eine solche Möglichkeit auch zu geben und wir werden das heute auch im Zuge des Stadtsenates voraussichtlich beschließen und dann wird dieses Schreiben auch wieder in Richtung Land gehen, mit wem wir da jeweils telefoniert haben, aber können wir einmal abgleichen.

GR. **Pacanda**: Bezüglich der Persönlichkeiten möchte ich auch noch was sagen. Also ist wahrscheinlich die unterschiedliche Einschätzung, was das Land ist, möglicherweise ist bei Ihnen das Land die ÖVP und die Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe,

waren alle anderen Parteien. Und möglicherweise ist da noch der Informationsfluss zwischen den anderen Parteien oder den Klubs noch nicht ganz so ideal gelaufen, das mag auch sein. Möchte aber folgende Zusatzfrage stellen, Herr Bürgermeister, Sie sind ja selber, wie auch ich, wie viele von uns, wirklich ein Fan von der Thematik BürgerInnenbeteiligung und da wir ja auch sehen und wie Sie gesagt haben, wir haben ein Stück zu dem Thema, das sich damit beschäftigt, Dinge, die vor drei Jahren beschlossen werden sind, wieder einmal zu machen, um wieder wen zu erinnern, dass da was passieren soll...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Genau, das machst du.

GR. **Pacanda:** Wir sind, glaube ich, einer Meinung, dass Dinge auch schneller passieren könnten und manchmal vielleicht auch auf dem kurzen Kommunikationsweg besser funktionieren. Daher folgende Zusatzfrage: Um dieses Thema wirklich ernst zu nehmen und wirklich weiterzukommen: Sind Sie bereit, alsbald eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen von Stadt, Land und den BürgerInnenbeirat einzusetzen, um bei diesem Thema endlich zu einem Fortschritt beziehungsweise Ergebnis zu kommen?

Bgm. Mag. **Nagl:** Seit 53 Jahren ist Land Steiermark für mich sehr stark ÖVP. Nicht jeder hat die Möglichkeit, im Land anzurufen bei seiner eigenen Fraktion und ich tue das und ich gehe davon aus, dass wir spätestens im Herbst einen Vorschlag des Landes haben. Wenn dieses Schreiben das auch nicht beschleunigt, dann werde ich sehr gerne im

Herbst eine Gruppe zusammenstellen, die das mit dem Land einmal auch direkt bespricht (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 12.40 Uhr den Vorsitz.

3) Keine Förderung für „Klassik4Kids“

GR. **Rajakovics** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Auch die ÖVP macht sich Sorgen, dass alle ein Angebot nutzen können. Deshalb hat auch die Stadträtin da eine passende Möglichkeit leider ungenützt gelassen. Die Begründung, die minimale Unterstützung von 1.500.- Euro für „Klassik4Kids“ zu streichen, war, dass die Sprache des Vereins nicht gendergerecht sei, beziehungsweise keine modernen Künstlerinnen im Programm enthalten seien. Unter Klassik verstehe ich die Einführung in die Musik des 17. bis 19 Jahrhunderts, wobei der Verein da mit Schönberg eh weiter hinauf noch geht. Wenn Kinder und Jugendliche, häufig mit Migrationshintergrund, an Mozart, Beethoven und Verdi herangeführt werden, ist das aus meiner Sicht eine förderungswürdige Leistung. Vielleicht sind das zukünftige Konzert- und Opernbesucher, die wir dringend brauchen.

Das Verstecken hinter der Entscheidung eines Beirats finde ich bei der Summe von 1.500.- Euro befremdlich.

Daher meine

Frage,

ob du bereit bist, diese Entscheidung bezüglich der Förderung „Klassik4Kids“ noch einmal zu überdenken (*Applaus ÖVP*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Danke, dass du mir diese Frage stellst, vielleicht kann ich sie auch gleich dem Herrn Klubobmann mitbeantworten, weil er die gleiche Antwort auf dieselbe Frage bekommen würde. Zuerst noch einmal, wir Zwei sind ja schon ähnlich lange hier im Haus und ich möchte noch einmal darin erinnern, dass diese Stadt sich schon sehr lange auch sehr erfolgreich zum Thema Gendermainstreaming und Geschlechtergerechtigkeit verhält und auch dazu schon viele Grundlagen beschlossen hat. Es hat auch dazu geführt, dass das Kulturamt zum Beispiel eines der Pilotämter war zum Thema Gendermainstreaming, was dazu geführt hat, dass wir in unseren Ansuchen-Formularen, Subventionsansuchen-Formularen auch deutlich darauf Bezug nehmen und FörderwerberInnen auch immer wieder dazu aufgefordert werden, sich zu beziehen. Es ist jetzt so, dass wir gerade im Bildungsbereich durchaus einen wichtigen Ansatzpunkt sehen, wenn es um das Thema der Erhöhung der Geschlechtersensibilität und Geschlechtergerechtigkeit geht. Und zu dem ganz konkreten Fall habe ich mir gedacht, lese ich dir einfach mein Schreiben an die Frau ■■■ vor, womit auch die Beantwortung deiner Frage, nämlich mit Ja noch einmal auch an die Frau Mag.^a von mir mitgeteilt wurde, dass ich mich da hinter dem Fachbeirat verstecke, stimmt nicht, wir haben jetzt die Zusage so begründet und aber auch selbst ihr die noch einmal so mitgeteilt. Aus dem Schreiben kann ich dir verlesen: In der Stadt Graz ist das Prinzip Gendermainstreaming und Geschlechtergerechtigkeit in den grundlegenden Regelungen, so auch im Ansuchen für Kulturförderung ersichtlich, verankert. Die Frage der geschlechtergerechten Sprache lässt sich vielfältig, auch ohne Binnen-I, da beziehe ich mich darauf, dass sie sagt, das Binnen-I sei so schwierig umzusetzen, lässt sich eben auch anders umsetzen, so zum Beispiel, indem von

Künstlerinnen und Künstlern oder von Kunstschaaffenden die Rede ist. Sie bieten ein wichtiges Bildungsprogramm für Kinder im Bereich der klassischen Musik an, damit auch noch einmal ausgedrückt, dass wir auch die Arbeit des Vereines generell schätzen. Zu den Bildungsstandards heute gehört eine geschlechtersensible Herangehensweise. Deshalb haben wir auch in der Zusage an sie im Jahr 2014 deutlich auf diesen Umstand hingewiesen. Diese Rückmeldung hatte keinerlei Auswirkungen, deshalb gab es diesmal eine Absage. Es ist Kindern zuzumuten, dass sie explizit auch als Mädchen angesprochen werden und es ist förderlich, dass sie auch mit weiblichen Rollen-Vorbildern konfrontiert werden. In diesem Sinne bin ich gerne bereit, über ein neuerliches Ansuchen zu diskutieren, wenn wir sehen können, dass diese Intentionen aufgegriffen werden. Wir sind in diesem Punkt auch anderen FörderwerberInnen gegenüber konsequent. Das ist das, was ich ihr geschrieben habe, leider hat sie mir noch nicht geantwortet. Ich hoffe, dass wir auf Grundlage eines neuen Ansuchens diese Diskussion direkt fortsetzen können (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Also der Verein selbst organisiert 170 bis 180 Kurse, hat eine großartig geführte Homepage, finanziert sich über Crowdfunding, sehr stark auch über Sponsoren, die allesamt, glaube ich, auch Menschen sind, die kulturbeflissen sind, die sich auch bemühen, grundsätzlich die Gleichstellung von Mann und Frau zu gewährleisten. Ich habe mir die Homepage angeschaut und auch die Bilder. Also ich sehe sehr viel über Frauen von Komponistinnen, vor allem auch der gesamte Verein, kommt mir vor, besteht fast nur aus Fragen, die da tätig sind, insofern ist der Verein, wie jetzt ein Wort oder was geschrieben ist, heute bei einer Summe von 1.500 als wirklich pingelig im Vergleich zu Dingen, die gefördert werden, wo vielleicht gendergerecht geschrieben wird, wo man vielleicht 15 Hanseln erreicht und da gibt es dann durchaus höhere Förderungen und in so einem Fall, glaube ich, dass der Gesamteindruck und auch die Förderung, die gleichmäßige Förderung vielleicht stärkere Förderung von Mädchen durch den Verein, unabhängig davon, wie jetzt die Sprache auf der Homepage ist, eigentlich auch in Betracht gezogen gehört und deshalb

würde ich sehr bitten, dass der Verein diese kleine Unterstützung doch von deiner Seite bekommen kann (*ÖVP und FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Die Höhe der Unterstützung, da brauchen wir nicht drüber diskutieren, das ist eine andere Frage. Die Möglichkeit, dem Verein mit einer Rückmeldung damals zu sagen, bitte, könnt ihr das was verbessern und darauf null Antwort zu bekommen und diesmal wieder zu sehen, dass auf der gleichen Grundlage eingereicht wird, hat dazu geführt, dass wir gesagt haben, diesmal nicht, das heißt aber, dass wenn wir da weiterkommen, ich, wie gesagt, einer Förderung, weil der Verein gute Arbeit macht, weil er wichtige Zielgruppen erreicht, sehr wohl positiv gegenüber stehe, aber irgendwo müssen wir diese Diskussion auch führen, weil das ist etwas, was ich auch anderen rückmelde und meistens kommt es dann auch zu sehr produktiven und konstruktiven Lösungen (*Applaus Grüne*).

4) Unterstützung sportlicher Aktivitäten von Menschen mit geistiger Behinderung und mehrfach behinderter Menschen

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Das Special Styrian Sportteam ist ein kleiner Sportverein, der Menschen mit geistiger Behinderung und mehrfach behinderte Menschen unterstützt. Der Großteil der AthletInnen bowlen – diese Sportart kann auch sehr gut vom Rollstuhl aus betrieben werden. Sogar, wenn die Motorik stark eingeschränkt ist, ist es noch möglich, mit einer Rampe, deren Einstellung vom Sportler angewiesen wird, diesen Sport auszuüben.

Im Sommer 2015 wurde die Bowlingbahn in Graz geschlossen. Seither müssen die Vereinsmitglieder zum Training nach Marburg beziehungsweise Leoben ausweichen. Der etwa 30 Mitglieder zählende Verein bietet auch andere Sportarten, wie zum Beispiel Eislaufen, Bogenschießen, Rollerskaten usw. an. Die An- und Abreise erfolgt mit den Privatautos von engagierten Eltern.

Ein spezielles Problem stellt sich allerdings für SportlerInnen im Rollstuhl, insbesondere in schweren Elektro-Rollstühlen. Sie sind von vielen dieser Angebote ausgeschlossen, da es an geeigneten Beförderungsmitteln fehlt. So sind etwa die Privatfahrzeuge der Eltern in der Regel auf einen einzigen Rollstuhl, den ihres eigenen Kindes, ausgerichtet. Mitglieder, die nicht mehr von ihren Eltern transportiert werden können, weil diese schon gestorben sind beziehungsweise sich die langen Autofahrten aufgrund ihres Alters nicht mehr zumuten können, bleiben auf der Strecke.

Das Sportamt Graz stellt Sportvereinen zwar Busse zur Verfügung, allerdings keine barrierefreien, im Sinne des Antrages.

Daher stelle ich an dich, lieber Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Bist du bereit, nach einer geeigneten Lösung zu suchen, damit das Sportamt Vereinen, die auch Menschen mit Mehrfachbehinderung unterstützen, künftig geeignete Fahrzeuge zur Verfügung stellt, damit diese an sportlichen Aktivitäten teilhaben können (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Herr Kollege! Ich habe natürlich als Behindertenpädagoge ein großes Verständnis für dein Anliegen. Wir haben eben bis letztes Jahr im Center West eine Anlage gehabt, die war aber auch nicht wettkampftauglich. Die einzige wettkampftaugliche Anlage hatten wir in Leoben, aber die wurde ebenso wie die im Center West eingestellt, weil es einfach zu wenig Nachfrage gegeben hat eingestellt. Wir haben ein ähnlich gelagertes Problem bei Gehörlosensportvereinen, die auch sehr aktiv sind im Bowlingsport und bei diesen Vereinen haben wir das so gelöst, dass wir einen Fahrtkostenzuschuss zahlen für Marburg und du hast es angesprochen, wir haben vier Busse. Ich könnte mir vorstellen, dass wir bei der nächsten Ausschreibung auch darauf Acht geben, ob man eventuell auch einen Lift einbauen könnte in dieses Auto vom Sportamt, das ist natürlich mit großem finanziellen Aufwand verbunden, aber wir werden schauen, ob es da Möglichkeiten gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass wir auch einen ähnlichen Zuschuss geben wie bei dem einen Gehörlosenverein und es gibt noch eine andere Möglichkeit, das weiß ich aus meinem früheren Beruf, es gibt nach dem Behindertenhilfegesetz die Möglichkeit, auch im Sozialamt anzusuchen, nämlich, da gibt es eine Leistung, die heißt Freizeitassistenz und ich habe gestern auch im Sozialamt, im Behindertenreferat angerufen und die Mitarbeiterin hat gesagt, das ist eine Einzelperson-Förderung, das heißt, ein Verein kann nicht ansuchen, aber der Anspruchsberechtigte kann einen Antrag stellen und dann wird das individuell geprüft, ob hier eine Unterstützung auch möglich ist. Also drei Lösungsvorschläge, einmal beim neuen Ankauf werde ich darauf Acht geben, zweitens, dass wir den Verein finanziell bei den Fahrtkosten unterstützen und ich bitte dich, dass du den Sportlern weitergibst, sie sollen einfach im Behindertenreferat einen Antrag stellen. Ich hoffe, dass wir so weiterhelfen können (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Nur zuerst einmal vielen Dank, das klingt sehr viel versprechend. Ich werde es natürlich weiterleiten. Hoffe natürlich auf alle drei Varianten und vor allem auf die erste, die möglichst rasch auch umgesetzt werden kann. Es geht ja nicht nur ums Bowlen, es geht auch um andere Sportarten, wie erwähnt, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir zumindest einen Bus sehr rasch uns leisten, wir schaffen das (*Applaus KPÖ*).

5) Verkehrssituation Neuprojektierung Wickenburggasse

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtsenatsreferenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf dem Balkon. Das Projekt Wickenburggasse ist ja nicht so ohne, wie das eben derzeit umgesetzt wurde. Es gibt große Aufregung von AnrainerInnen dort eben im Bereich Körösisstraße, es ist viel zu wenig durchdacht worden, man hat einen zweiten Fahrstreifen zugunsten eines breiten Radweges ersetzt. Dadurch ist es so, dass die Autofahrer viel mehr in angrenzende Wohnstraßen rundherumfahren, es ist eine große Aufregung und die Leute sind irgendwo empört, dass sie viel zu wenig eingebunden wurden, dass die Anrainer kaum befragt wurden und dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Klubs die

Frage:

Wurden im Zuge der Projektierung der „Wickenburggasse neu“ begleitende Maßnahmen miteingeplant, um dadurch möglicherweise anfallende

Verkehrsbelastungen für angrenzende Bereiche, wie etwa die Körösisstraße, abzufangen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Kollegin, bevor wir dieses Projekt aufgesetzt haben, haben wir natürlich die TU beauftragt, das so aufzusetzen, damit eine Verkehrsmessung gemacht wird und ich darf das jetzt einmal so beantworten. Bei der von der TU Graz durchgeführten Verkehrssimulation wurde festgestellt, dass sich in der Wickenburggasse für den Kfz-Verkehr durch den Entfall eines Fahrstreifens keine wesentlichen Fahrzeitveränderungen einstellen werden. Dieses Ergebnis konnte auch im Versuchsbetrieb bestätigt werden, wir haben das ja selbst jetzt getestet, ich lade jeden ein und jede ein, da auch mit dem Rad durchzufahren oder auch mit dem Auto, funktioniert hervorragend. Da sich somit keine gravierenden Veränderungen für den Fahrzeugverkehr zwischen der Keplerbrücke und dem Geidorfplatz gegenüber dem Vorherzustand eingestellt haben, gibt es auch keinen Anlass zur Vermutung, dass Kfz-Lenker nun bewusst Umweg-Fahrten über die Körösisstraße Richtung Norden in Kauf nehmen, um zu ihrem gewünschten Fahrziel im Grazer Zentrum beziehungsweise im Grazer Osten zu gelangen. Eine Zunahme des Verkehrsaufkommens in der Körösisstraße aufgrund der Fahrstreifenreduzierung Wickenburggasse ist daher unwahrscheinlich (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Simulation ist für mich kein Echtbetrieb. Das ist das Gleiche, wenn irgendwo ein Bebauungsplan gemacht wird und man mit gewissen Fahrzeugen oder mit Fahrzeugdichte oder mit AnrainerInnen rechnet, wo man von vornherein nicht einmal weiß, wieviel Menschen dort tatsächlich in einer Wohnung wohnen, wie viele Fahrzeuge es gibt, also das ist ohnehin ein Problem, das wir schon länger haben. Aber jetzt meine Frage, ob eine Sofortmaßnahme, zum Beispiel die sofortige Rücksetzung

der Verlängerung der Grünphase für Linksabbieger in die Körösisstraße, an der Keplerbrücke gedacht wäre (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Die Simulation, wie ich schon gesagt habe, war die Basis, auf der wir die ganzen Berechnungen angestellt haben und die Maßnahmen, die notwendig wären. Deswegen haben wir jetzt eine zweimonatige Testphase gehabt und haben gesehen, dass es funktioniert. Deswegen kommt es jetzt in die Umsetzung ab Mitte August, weil eben keine Probleme entstanden sind. In keiner der Seitengasse und keiner der anderen Straßen. Die Grünphase bezüglich, die Sie ansprechen, kann angesehen werden, werde ich gerne weitergeben, aber auch da wurde mit nichts mitgeteilt, dass es hier Probleme gegeben hat. Wo es zu Problemen kommt oder wo man glaubt, Probleme wahrzunehmen, ist, dass die Grünphasen umgeschaltet werden, wenn die Straßenbahn kommt und das passiert dort sehr oft und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Hat aber bitte nichts mit der Veränderung in der Wickenburggasse zu tun. Aber ich weiß, die Basis, auf der Sie die Fragen gestellt haben und die Menschen haben sich an Sie gewandt, diese Briefe haben wir auch, die sind bereits an das Straßenamt weitergegangen und werden von der Frau Dipl.-Ing. Ender, die ja damit beschäftigt war, auch im Detail beantwortet werden (*Applaus FPÖ*).

6) Zuweisungs- bzw. Vorschlagsrecht des Sozialamtes

GR. Ing. **Lohr** stellt an StR. **Ehmann** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht um das Zuweisungsbeziehungsweise Vorschlagsrecht des Sozialamtes bei Wohnungen. Im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten mit den Wohnungen in der Theodor-Körner-Straße 65 ist

aufgefallen, dass das Sozialamt ein Zuweisungs- beziehungsweise Vorschlagsrecht innehat. Zumindest einige der davon betroffenen Mietparteien erfüllen offensichtlich allerdings nicht solche Kriterien, wie sie etwa für die Zuweisung in eine Gemeindewohnung vorgesehen sind. Auf Grundlage von Einverständniserklärungen werden diese Mietparteien für die Dauer des Umbaus in Ersatzwohnungen untergebracht. Nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen können diese Mietparteien zu den bisherigen Bedingungen in die Theodor-Körner-Straße 65 zurückkehren. Daraus ergibt sich die Frage, in welchen Einrichtungen das Sozialamt ein Zuweisungs- und/oder Vorschlagsrecht hat.

Es ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

In welchen Einrichtungen, die der Stadt Graz zuzuordnen sind, hat das Sozialamt ein Zuweisungs- oder Vorschlagsrecht (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Ehmann:** Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrter Gemeinderat, Herr Gemeinderat Lohr! Ich danke Ihnen sehr für diese Anfrage, weil ich noch einmal dadurch die Möglichkeit habe, die Wichtigkeit dieser Einrichtung der Seniorinnen- und Seniorenwohnungen, weil um diese handelt es sich. Es freut mich sehr, dass es Ihnen aufgefallen ist, dass es da eine Zuweisung über das Sozialamt gibt, denn dieses Projekt beziehungsweise diese Wohnungen oder diese Vergabep Praxis für bedarfsorientierte Vergabe in Zusammenarbeit mit der Diplomsozialarbeit für Menschen, für ältere Menschen vor allem, ich kann Ihnen dann aber die Kriterien noch

ausführen, ist nämlich ein wichtiger Beitrag in diesem Bereich und es gibt ihn etwa schon seit 1970. Also das heißt natürlich, nicht in dieser Anzahl wie heute, aber seit 1970 gibt es diese Einrichtungen und Sie sehen, wie notwendig es ist, am Marketing in solchen Bereichen noch zu arbeiten, weil es Ihnen jetzt erst aufgefallen ist. Aber ich werde Ihnen das gerne ausführen und zwar bei den von Ihnen angesprochenen Wohnungen in der Theodor-Körner-Straße 65 handelt es sich eben, wie einleitend erwähnt, um Seniorinnen- und Seniorenwohnungen, die Wichtigkeit habe ich schon hervorgehoben. Diese senioren- und seniorinnengerechten Wohnungen werden vom Sozialamt als freiwillige Leistung der Stadt Graz zugewiesen, wie gesagt in etwa seit 1970. Im Detail sind das 20 Wohnungen in der Floßlendstraße 18, neun Wohnungen in der Floßlendstraße 20, 16 Wohnungen in der Floßlendstraße 22, sechs Wohnungen in der Floßlendstraße 24, also insgesamt 51 Wohnungen in der Floßlendstraße 18 bis 24, verwaltet von der Neuen Heimat. Am Anton-Wildgans-Weg 15 werden zwölf Wohnungen ebenfalls von der Neuen Heimat verwaltet. Für die 35 Wohnungen in der Theodor-Körner-Straße 65 werden während der Sanierung und des Umbaus zu einer betreuten Wohnung ab 1. Jänner 2017 Ersatzwohnungen angeboten und danach können eben die älteren Menschen, wie Sie schon angeführt haben, die Wohnungen wieder zu den gleichen Bedingungen beziehen. 34 Wohnungen befinden sich in der Scheidtenberggasse 1 und werden von der GBG verwaltet. Die ÖWG verwaltet 34 Wohnungen in der Körblergasse 82, 29 Wohnungen in der Körblergasse 82a, 30 Wohnungen in der Körblergasse 82b. Ebenfalls von der ÖWG werden folgende Wohnungen verwaltet: 52 Wohnungen in der Belgiergasse 15, 14 Wohnungen in der Augasse 114, 50 Wohnungen in der Straßganger Straße 371, 17 Wohnungen am Rosenhain 3, 18 Wohnungen am Rosenhain 4 und schlussendlich werden dann jeweils eine Wohnung in der Dr.-Plochl-Straße 14 und in der Dr.-Plochl-Straße 16, fünf Wohnungen in der Widowitzgasse 3 und sieben Wohnungen in der Straßganger Straße 206a von Wohnen Graz verwaltet. Für diese insgesamt 390 Wohnungen, Senioren- und Seniorinnenwohnungen, die ich Ihnen gerade aufgezählt habe, müssen die Personen, die einen Antrag stellen, in Graz wohnhaft sein und nicht mehr im Berufsleben stehen.

Das Mindestalter beträgt für Frauen und Männer 60 Jahre, bei Ehepaaren oder Lebensgemeinschaften muss zumindest eine Person das vorgegebene Mindestalter erreicht haben. Die Antragstellung erfolgt dann über die Diplomsozialarbeiterin, die aufgrund der Wohnsitzadresse zum Zeitpunkt des Antrages zuständig ist und die Zuweisung erfolgt dann, weil eben zum Beispiel Mobilitätseinschränkung gegeben ist und im Wohnhaus beispielsweise kein Lift ist. Weitere Indikatoren sind auch die Wohnungsgröße, der vorhandene Wohnungsstandard, die Infrastruktur oder die Lärmbelästigung. Informationen dazu gibt es aber auch auf der Homepage des Sozialamtes. Ich hoffe, Ihnen ausführlich gedient zu haben (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Danke für die detaillierte Antwort, Herr Stadtrat. Ich würde dann bitten, vielleicht kann ich die Aufstellung dann auch schriftlich erhalten. Kurze Zusatzfrage, wollen Sie in Zukunft das Zuweisungsrecht auf weitere Standorte ausdehnen, ist da eine höhere Anzahl noch angedacht?

StR. **Ehmann**: Wenn wir die Möglichkeit in budgetärer Hinsicht haben, wäre es natürlich von Vorteil. Weil natürlich immer mehr, aufgrund der demographischen Entwicklung ist das ja schon logisch, weil natürlich immer mehr Seniorinnen und Senioren davon betroffen sind, klar (*Applaus SPÖ*).

7) Stand der Umsetzung der Ergebnisse des Baumschutz-Gipfels vom April 2016

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Elke! Ich stelle eine Frage zum Stand der Umsetzung der Ergebnisse des Baumschutz-Gipfels, ein Thema, das viele Leute in Graz, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz bewegt. Wir haben uns ja am 21. April 2016 zusammengesetzt und im Rahmen eines Baumschutz-Gipfels verschiedene Maßnahmen definiert, eine Petition an den Landesgesetzgeber zur Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes. Wir haben auch über die Strafen bei illegalen Fällungen gesprochen, wir haben über Aufklärungs- und Beratungsgespräche seitens der Behörden mit Bauwerbern zum Thema gesprochen. Wir haben über die Grünraum-Verordnung gesprochen und wir haben auch über die Ausweitung der Bebauungsplanpflicht, Gutachten zum Straßen-, Orts- und Landschaftsbild und Hinzuziehung von Landschaftsarchitekten bei Wettbewerben nach dem Grazer Modell gesprochen. Alle diese Maßnahmen sollen den Baumschutz verbessern und ich habe mir gedacht, jetzt vor dem Sommer ist es ein guter Zeitpunkt, mal nachzufragen, was sich seit April getan hat und daher stelle ich folgende

Frage:

Welche konkreten Schritte wurden von dir zur Umsetzung der Ergebnisse des Baumschutz-Gipfels, insbesondere in Richtung Petition an den Landesgesetzgeber, gesetzt (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: Danke vielmals, Andrea. Wie du richtig gesagt hast, am 21. haben wir eh auf deine Anregung hin, du hast einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, den Runden Tisch einberufen, war gar nicht so leicht, immer alle an einen Tisch zu kriegen. Ich glaube, dass der positiv war, es sind genau die vier Punkte herausgekommen, die

ich auch persönlich für notwendig halte, die du jetzt in deine Anfrage an mich gestellt hast und ich möchte sie dir jetzt chronologisch beantworten. Zum ersten Punkt, wo es die Petition an den Landesgesetzgeber betrifft, ist die Ausarbeitung bei der A 17 derzeit in Vorbereitung. Punkt zwei, Aufklärungs- und Beratungsgespräche seitens der A 17 gibt es regelmäßig im Rahmen der Amtstage... also die finden regelmäßig im Zuge der Amtstage statt. Zum Punkt drei, diesen Verordnungstext für die Bepflanzungsrichtlinien nach dem § 8 Abs. 2 des Baugesetzes ist zur Zeit ebenfalls bei der A 17 in Bearbeitung, braucht aber noch die Rückmeldung von der A 10/5 und der Punkt 4, das ist das, was ich persönlich glaube, und so habe ich auch die Rückmeldung von meinen Kolleginnen im Amt bekommen, noch länger dauern wird, weil es einfach die Abstimmung mit sehr vielen Abteilungen im Haus braucht, da geht es um die Vorgaben bezüglich also Ausarbeitung Bebauungsplanpflicht, Gutachten zum Straßen-, Orts- und Landschaftsbild. Also das wird ein bisschen länger dauern und fürchte ich, kann ich dir erst im Herbst eine Antwort geben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Also vielen Dank für die Antwort, ich möchte konkret fragen, wann wir mit der Petition, die dann ja auch vom Gemeinderat beschlossen werden wir, wann wir damit rechnen können?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Kahr**: In der September-Sitzung.

8) Robert-Stolz-Museum

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ein Herzensanliegen vieler Grazerinnen und Grazer ist wohl die Erinnerung an unseren großen Komponisten Robert Stolz. Im Jahr 1990 wurde im Haus Mehlplatz 1, Eingang Färberplatz, ein Robert-Stolz-Museum eingerichtet zu Ehren unseres berühmten Komponisten. Er war ja in jungen Jahren Kapellmeister in Graz, als Großmeister der „Silbernen Operette“ bekannt, auch durch Filmmusik. Wir wissen, dass er auch in Hollywood „Frühlingsparade“ geschrieben hat, über 60 Operetten komponiert hat. Sehr immer mit seiner Heimatstadt Graz verbunden war, er war ja auch Ehrenbürger unserer Stadt, ich denke an „Stadtparkwalzer“ oder das schöne Lied „Grüß mir Graz an der Mur“.

Vor einigen Jahren musste das Museum verlegt werden, da der Hauseigentümer Eigenbedarf für den Raum hatte. Daher wurden die Exponate des Robert-Stolz-Museums ins GrazMuseum gebracht. Die Leitung des GrazMuseums versicherte, den Exponaten einen würdigen Raum zu geben. Derzeit lagern sie nach wie vor leider im Keller des Museums.

Vor 41 Jahren, am 27. Juni 1975, verstarb Robert Stolz, also voriges Jahr war da der 40. Jahrestag und anlässlich dieses 40. Todestages mehrten sich die Nachfragen nach dem Robert-Stolz-Museum. Im Übrigen, wenn man heute googelt, eingibt Robert- Stolz-Museum, erscheint auch auf www.info.graz.at immer noch die Adresse Mehlplatz 1. Viele Robert-Stolz-Fans gehen vergeblich dorthin. Daher stellte ich im Gemeinderat vor einem Jahr an die Kulturstadträtin Lisa Rücker die Frage: „Wann wird endlich das Versprechen eingelöst, die Exponate des Robert-Stolz-Museums im GrazMuseum auszustellen?“ Leider gab es – angeblich wegen Raummangels – mit Bedauern - eine vorläufige Absage.

Eine neue Option, an Robert Stolz zu denken und ihm eine würdige Gedächtnisstätte in Graz zu errichten, könnte in der wunderschönen Seniorenresidenz der GGZ, in der Theodor-Körner-Straße, gefunden werden, im öffentlichen Bereich.

Deshalb richte ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Befürwortest du die Prüfung der Möglichkeit, in der Seniorenresidenz Robert Stolz der GGZ einen Ausstellungsraum zu Ehren von Robert Stolz zu gestalten (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Liebe Sissi, vielleicht bist du bis jetzt daran gescheitert, dass Robert Stolz ein Mann ist und wir scheinbar für die Männer nichts mehr machen in der Stadt. Ganz konkret, natürlich habe ich mich in Verbindung gesetzt mit dem Gerhard Hartinger, folgende Antwort: Die Idee, ein Robert-Stolz-Museum im GGZ angesiedelten Pflegeheimwohnheim Robert Stolz einzurichten, wird von Seiten der GGZ-Leitung und von mir begrüßt. Auch die räumlichen Möglichkeiten wären laut Prof. Dr. Hartinger gegeben, zum Beispiel im Foyer des Tageszentrums. Zur Konkretisierung dieses Vorhabens müsste man wissen, welches Raumausmaß notwendig ist, die Anzahl der zur Diskussion gestellten Exponate und die Abklärung der Versicherungsleistungen. Also diese Dinge müssten abgeklärt werden, aber selbstverständlich grundsätzlich das Einverständnis, wäre eine schöne Lösung, würde auch das Haus dort und da beleben, also volle Unterstützung (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Keine Zusatzfrage. Ein herzliches Danke und die Hoffnung, dass wir vielleicht bei der nächsten Weihnachtsfeier in der GGZ in der Seniorenresidenz gemeinsam singen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Kahr übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

9) Schändung der Grazer Moschee unter Beteiligung von Geheimdienstmitarbeitern?

GR. Mag. **Krotzer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Zuseherinnen und Zuseher! Nach der Gesangseinlage, der wunderschönen, zu einem ernsthafteren Thema. Im Mai dieses Jahres ist es ja dazu gekommen, dass die Grazer Moschee geschändet worden ist, dass dort Schweineblut verschüttet worden ist, dass dort Schweinsköpfe angebracht worden sind, was natürlich eine sehr widerliche Aktion ist. Die Staatsanwaltschaft Graz ermittelt folgerichtig wegen Herabwürdigung religiöser Lehren, Verhetzung und Sachbeschädigung. Und jetzt ist aus Medien zu erfahren gewesen, dass an dieser Aktion, die von zwei Rechtsextremisten durchgeführt worden ist, einer davon informeller Mitarbeiter des Heeresabwehramtes gewesen sein soll und das Abwehramt auch von dem Vorhaben im Vorfeld gewusst haben soll. Allerdings nicht eingeschritten ist gegen eine Aktion, die natürlich eine ganz bewusste Provokation darstellt gegen das friedlichen Zusammenleben und das respektvollen Miteinander aller Menschen in unserer Stadt Graz.

Insofern darf ich an Sie, Herr Bürgermeister, die

F r a g e

stellen: Welche Schritte werden Sie als Zuständiger für den interreligiösen Dialog in der Stadt Graz unternehmen, die zur vollständigen Aufklärung des Anschlags auf die Grazer Moschee und die kolportierte Verstrickung eines Mitarbeiters des Heeresabwehramts beitragen sollen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Danke für die Frage, weil es mir die Möglichkeit gibt, einiges in Rücksprache mit der bosnischen Gemeinde, also mit der betroffenen Gemeinde, klarzustellen. Das Anbringen von Schweineköpfen und das Schmieren von Blut auf die Minarette ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Schweinerei. Erstens, weil es provoziert und zweitens auch, weil es wie bei Graffiti die Erneuerung der Fassade einfach Geld kostet. Eine Entweihung oder Ähnliches findet, auch wenn in rechten Foren das immer wieder behauptet wird, dadurch natürlich nicht statt. Die Vorstellung manch kranker Köpfe, dass man wie bei Vampiren mit Knoblauch Muslime mit Schweineblut vertreiben kann, ist kindisch und vollkommen absurd. Es gibt gar keine Weihe eines Gebetshauses im Islam, so wie wir das aus den christlichen Kirchen her kennen. Diese Vorstellung ist zutiefst christlich und ist dem Islam unbekannt. Wenn es keine Weihe gibt, kann man auch nichts entweihen. Dass Juden und auch Muslime kein Schweinefleisch essen, das hat Tradition, das heißt aber nicht, dass Schweine für die beiden Religionsgemeinschaften per se etwas Unerwünschtes sind, sondern Schweine haben wie alle Geschöpfe Gottes ihre Lebensberechtigung. Die Hintergründe dieses Vandalen-Aktes, der darauf ausgerichtet ist, Zwietracht zu säen und Gegenreaktionen auszulösen, sind gerade Gegenstand von Ermittlungen und ich hoffe sehr, dass sich nicht staatseigene MitarbeiterInnen an der Spaltung unserer

Gesellschaft beteiligen. Für Graz kann ich nur sagen, dass ich jedes Mal froh bin, dass sich diese Gemeinde eben nicht provozieren lässt und ich hoffe, dass sich auch durch die Mithilfe aller Anwesenden die Mär vom Schweineblut gegen Moscheen endlich aus dieser Welt schaffen lässt, weil es nicht einmal einen Hintergrund dafür gibt. Also ich wundere mich, was da sogar in der Republik Österreich jetzt los ist und ich hoffe, dass auch keine Staatsmitarbeiter bei Graffiti-Aktionen beteiligt sind, es ist einfach absurd, worüber wir hier diskutieren (Applaus ÖVP).

GR. Mag. **Krotzer**: Erst einmal vielen Dank auch für die klaren Worte in der Hinsicht. Jetzt meine Frage noch, ob es von Ihrer Seite auch den Plan gibt, mit dem Heeresabwehramt da in Kontakt zu treten, Rücksprache zu halten, was da eigentlich los ist?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe, glaube ich, jetzt schon klar gemacht, dass wir da, wenn ich so sagen darf, alle auf etwas hereinfliegen, was es nicht gibt. Und mich wundert es, dass das sogar in der ganzen Republik noch nie so hinterfragt wurden und vielleicht auch so beantwortet wurde, dass das eine reine Provokation ist. Und ich hoffe sehr, dass auch innerhalb unseres Staates diesen Vorwürfen jetzt nachgegangen wird. Ich werde nicht extra das Gespräch suchen, aber ich nehme an, dass das ordnungsgemäß aufgeklärt wird (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zur nächsten Frage. Hier hat der Herr Gemeinderat Sippel ja die gleiche Anfrage oder eine ähnlich formulierte Anfrage an die Frau Lisa Rücker vorgehabt an die Frau Stadträtin betreffend Klassik4Kids, er verzichtet jetzt darauf und dadurch würde ich dann den Herrn Gemeinderat Moser bitten, seine Frage zu stellen: Jugendzentren- Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung.

10) Jugendzentren – Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung

GR. Mag. **Moser** stellt an StR. **Ehmann** folgende Frage:

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht um das Jugendzentrum und Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Zumindest im Zeitraum von Anfang April bis Anfang Juni war am Postkasten des Jugendzentrums EggenLend, Waagner-Biro-Straße 95, 8020 Graz, der auf den Fotos ersichtliche Aufkleber angebracht. Der Postkasten des Jugendzentrums ist unmittelbar neben dem Eingang für jedermann gut einsehbar angebracht.

Der Inhalt des Aufklebers stellt aus Sicht der FPÖ eine Diskriminierung der Partei, der ihres Bundesobmannes HC Strache sowie ihrer Mitglieder, Funktionäre und Wähler dar. Wenn das Jugendzentrum damit zum Ausdruck bringt, dass schon Post von der FPÖ unerwünscht sei, so stellt sich berechtigterweise auch die Frage danach, wie dort mit Kindern und Jugendlichen umgegangen wird, deren Eltern Mitglieder, Funktionäre oder Wähler dieser Partei sind.

Da diese offen zur Schau gestellte Diskriminierung der FPÖ in einer von der Stadt Graz und dem Land Steiermark finanzierten öffentlichen Einrichtung stattgefunden hat, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie innerhalb Ihrer Ressortzuständigkeit setzen, um künftig solche öffentlich zur Schau gestellten Diskriminierungen gegenüber der FPÖ, ihres Bundesparteiobmannes, ihrer Mitglieder, Funktionäre und Wähler in einer durch das Amt für Jugend und Familie geförderten Einrichtung zu verhindern (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Ehmann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Gemeinderat Moser! Sie haben vollkommen Recht, dass weder parteipolitische Statements sowohl gegen als auch für eine Partei in der Kinder- und Jugendarbeit nichts verloren haben. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht und gerade deswegen habe ich auch letztes Mal, wenn Sie sich erinnern, bei „Mitmischen“ konkret, das ja überfraktionell hier im Gemeinderatssaal stattgefunden hat, darauf hingewiesen, als diese eine FPÖ-Klubeinladung an die Jugendlichen ausgesprochen haben, dass das hier in der überfraktionellen Sitzung des Gemeinderatsklubs bei Mitmischen konkret keinen Platz hat. Genau aus diesem Grund habe ich das auch angesprochen. Zum Aufkleben beim Jugendzentrum EggenLend kann ich Ihnen insofern berichten, dass das Referat für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendamt Anfang Juni von dem Aufkleber erfahren hat, so wie Sie das auch darstellen, und diesen umgehend entfernt hat. Ich habe mir auch versichern lassen über ein Foto, dass das passiert ist und wie das jetzt

dort aussieht, das kann ich Ihnen dann zur Verfügung stellen. Und ebenso haben alle Jugendzentren in der Stadt Graz die Mitteilung erhalten, dass derartige Aufkleber sofort umgehend zu entfernen sind beziehungsweise die Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen darauf achten sollen, dass in den Jugendzentren oder davor keine parteipolitischen Äußerungen angebracht werden. Das Jugendamt hat definitiv klargestellt, dass politische Parteilichkeit in einem Jugendzentrum natürlich keinen Platz finden kann und es wird auch einen starken Fokus auf die Vermeidung derartiger Aktionen geben. Natürlich muss man auch in der Offenheit und in dem Realismus sagen, einen hundertprozentigen Ausschließungsgrund das wird man schwer leisten können. Aber natürlich ist das Bemühen absolut da. Aber nur zur Diskriminierung selbst, ich gebe Ihnen auch Recht, dass das hier auch möglicherweise ein Fall für die Antidiskriminierungsstelle darstellt, aber, wenn das so ist, dann sollten Sie sich zumindest mit Ihrer Landespartei einmal absprechen, nämlich insofern, weil Ihre Landespartei hat im Februar in dem Steiermärkischen Landtag eine Abschaffung, im Februar dieses Jahres nämlich, eine Abschaffung der Antidiskriminierungsstelle gefordert, der natürlich nicht nachgekommen wurde, weil die Evaluierung gebracht hat, dass das natürlich keinen Sinn macht und dass das eine gute Einrichtung ist. Und deswegen würde ich vorschlagen, dass ihr auch, was Diskriminierung der FPÖ als auch Bundesparteibmann HC Strache sowie ihrer Mitglieder, Funktionäre und Wähler eben andererseits auch den Kolleginnen und Kollegen im Landtag dargebracht werden sollte und dass die Antidiskriminierungsstelle, so wie Sie das heute auch beweisen, absolut Sinn macht. In diesem Sinne hoffe ich, dass ich Ihnen hiermit ausreichend Antwort geben konnte (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Erstens Danke für die Antwort insbesondere Ihrer Schritte im eigenen Ressort, zweitens was die Antidiskriminierungsstelle betrifft werden wir Rücksprache halten und die Zusatzfrage: Wie hoch sind eigentlich oder waren die Förderungen des

Jugendzentrums EggenLend und wenn Sie die Zahlen nicht zur Hand haben, bitte übermitteln Sie uns diese (*Applaus FPÖ*).

StR. **Ehmann**: Die werde ich Ihnen nachreichen, die habe ich jetzt nicht mit.

11) Umbau- und Gestaltungsmaßnahmen zur geplanten FußgängerInnenzone Schmiedgasse-Landhausgasse

GR. **Dreisiebner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Frage geht es um die Ausweitung der FußgängerInnenzone rund um das Rathaus, nördliche Schmiedgasse und östliche Landhausgasse, die ja bekanntlich als eine Folge, behaupte ich jetzt, meines angenommenen dringlichen Antrages, der dann eben leider nicht nur Umsetzung gekommen ist, eine Begegnungszone im Bereich südlich und westlich des Rathauses beziehungsweise der Fußgängerzone zu prüfen und zu implementieren, angekündigt worden ist. Und zwar angekündigt wurde die Umsetzung für die nördliche Schmiedgasse und die östliche Landhausgasse für das erste Halbjahr 2016. Dieses erste Halbjahr ist ja nun bekanntlich um seit einigen Tagen, die Fuzo gibt es, wie Sie alle sehen, ja noch immer nicht. Es gibt auch noch keine Information, keine Konsultation des Bezirksrates für die Innere Stadt und soweit ich weiß, auch nicht von Stakeholdern, Wirtschaftstreibenden, der Bevölkerung und es ist jetzt im Stadtsenat am letzten Freitag, dem 1. Juli, erfreulicherweise einmal ein Informationsbericht eingebracht worden, in dem vor allem anhand einer Tischunterlage, glaube ich, jedem Klub

zugegangen, vor allem die Stellplatzbilanz ein bisschen dargestellt worden ist, Ersatzparkplätze dargestellt worden sind, mögliche Aufstellflächen für motorisierte einspurige Fahrzeuge, natürlich auch für Fahrräder und Taxistand-Ersatzplätze wurden hier vor allem dargestellt. Insoweit eigentlich ist das Umfeld einmal relativ gut aufbereitet, allerdings gibt es in diesem Bericht leider keinen Hinweis auf eine Neugestaltung des Raumes in den beiden für die Fuzo angedachten und geplanten Straßenteile. Es ist nicht bekannt, wie diese Straßenoberfläche gestaltet werden soll, ob statt Asphalt etwa Natursteinplatten oder Pflasterungen aufgebracht werden oder teilweise aufgebracht werden, ob es niveaugleiche Oberflächengestaltung gibt, sprich den Abbau der Gehsteigkanten und Ähnliches mehr, was Barrierefreiheit und Benutzerfreundlichkeit natürlich sehr verbessern würde. Es fehlen auch Aussagen zu möglichen Begrünungsmaßnahmen, zur Verbesserung des Stadtklimas in der Innenstadt beziehungsweise in diesen Straßenzügen oder auch zu Sitzgelegenheiten. Der Bericht sagt am Schluss ja auch, dass es Anfang nächsten Jahres dann zur Umsetzung kommen soll beziehungsweise, dass in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres auch Konsultationen mit Bezirksrat beziehungsweise der Bevölkerung stattfinden sollen. In dem Sinne, sehr geehrter Herr Stadtrat, darf ich folgende

F r a g e

stellen: Welche Umbau- und Gestaltungsmaßnahmen, insbesondere in Bezug auf die Niveaugleichheit, der Oberflächengestaltung, der Grünraumausstattung und Ausstattung mit Sitzgelegenheiten sollen entlang der bisher getätigten Überlegungen und Vorarbeiten im Bereich der sogenannten Verkehrsflächen in der neuen FußgängerInnenzone Schmiedgasse - Landhausgasse zur Umsetzung gelangen (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wir haben natürlich eine lange Zeit gehabt, um das einmal zu planen, weil du kennst dich ja aus, es muss minutiös durchdacht werden, wo kommen die Stellflächen, die notwendigen, hin und das war einmal er erste Schritt und ich habe es nicht im Stadtsenat, sondern in der Stadtregierung präsentiert, damit eben auch dort die Klubobleute gleich einmal die erste Information haben. Darüber hinaus haben wir danach an alle Klubs und an alle Stadtregierer diese Unterlage verschickt als Basis für eine Diskussionsgrundlage. Was unser Auftrag war in diesem Zusammenhang Straßenamt, Verkehrsplanung war, die rein technische Abwicklung, rein technische Lösung, die wir hier anbieten. Das, was du möchtest und angesprochen hast, liegt nicht in meinem Ermessen und liegt nicht in meiner Verantwortung, sondern ist die Stadtplanung. Hier ist die A 14 natürlich auch bereit, dementsprechend zu planen, das muss budgetiert werden und wie ich sicher bin, wird der Herr Bürgermeister da auch seine Prioritäten dorthin verlegen, um das auch gestalterisch zu verschönen. Unser Auftrag ist aber rein der technische und dieser ließe sich schnell umsetzen und alles, was weiterkommt, also diese Verschönerungen, wie du sagst, die sicher notwendig sind, gar keine Frage, sind Zukunftsmusik. Wie gesagt, Budgetierung und A 14 wäre dort einzubinden (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Das heißt, im Grund ist jetzt einmal nicht sichergestellt, dass es zu einer dementsprechenden Gestaltung der Oberfläche der neuen Fußgängerzonenbereiche in den genannten Straßen kommen wird. Das hängt jetzt quasi zum einen von der A 14, der Stadtplanung, beziehungsweise dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Nagl ab, wenn ich das richtig interpretiere, und natürlich auch vom Budget. Das ist natürlich auch für mich als Gemeinderat nachvollziehbar zu einem gewissen Teil, allerdings wissen wir ja auch (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass wir jetzt schon ungefähr ein gutes Jahr mit diesem Thema schwanger gehen, wenn ich das so locker bezeichnen darf und dass

man da natürlich auch dementsprechende Vorbesprechungen und Absprachen machen sollte, damit man dann wirklich auch in eine gute Implementierung der Fußgängerzone im ersten Halbjahr nächsten Jahres kommt. Meine eigentliche Zusatzfrage bezieht sich aber auf die Beteiligung der BürgerInnen beziehungsweise Bezirksrat und Stakeholder. Herr Stadtrat, bist du bereit, in deiner Funktion als Verkehrsstadtrat natürlich auch in Zusammenschau mit der Stadtplanung dementsprechend jetzt im Herbst schon zur Ideenfindung, zur Beteiligung der BürgerInnen in Bezug auf die Gestaltung der neuen Fußgängerzonenflächen die BürgerInnen beziehungsweise den Bezirksrat und die StakeholderInnen einzubinden und wirst du das im Sinne der Leitlinien der BürgerInnenbeteiligung als Vorhaben auch dementsprechend anmelden (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wir haben sowieso vorgehabt logischerweise, dass wir mit der Bezirksvorstehung über das Thema sprechen, abklären, wir die Gewerbetreibenden in den umliegenden Arealen miteinbeziehen und vor allem die Taxi-Innung, die ja auch massiv davon betroffen ist, einmal zu informieren und auch in diesen Diskussionsprozess einzubringen. Noch einmal, für die Gestaltung bin ich nicht zuständig, daher kann ich dazu auch nichts sagen, wie das abgewickelt werden soll. Wir werden aus unserem Amt, Straßenamt und Verkehrsplanung, unsere Aufgaben erledigen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte vielleicht noch hinzufügen, als ich das erste Mal in meiner Stadtregierungsfunktion war, haben wir dann auch einmal beschlossen, ich glaube, es war schon mehr als zehn Jahre her, dass die alten Gehsteigkanten in der Herrengasse, die schon damals zehn Jahre Fußgängerzone waren, einmal verschwinden, aber wir tun uns natürlich mit den Planungen sehr schwer, weil wir gar nicht wissen, wo sie anfangt,

wo sie aufhört und wie die Verkehrsführung tatsächlich ausschauen soll. Aber selbstverständlich müssen wir nach diesem Prozess uns da auch abstimmen, dass mit einem künftigen Budget dann auch irgendwann einmal Vorsorge getroffen wird, dass wir es umbauen können.